

## **Abgaben und kein Ende**

### **Rentengarantie: Die Politik löst ungedeckten Scheck ein**

*Von Sandra Warden*

Dass es eine wichtige politische Aufgabe ist, Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht mit uferlosen Sozialversicherungsbeiträgen zu überlasten, würde sicher jeder Politiker und jeder arbeitende Bürger unterschreiben. Für das Gastgewerbe gilt dies in besonderem Maße. Denn insbesondere Mitarbeiter mit niedrigeren Einkommen werden durch Beiträge weit stärker belastet als durch Steuern. Für die Unternehmen in unserer personalintensiven Branche verhindern hohe Lohnzusatzkosten Neueinstellungen und provozieren Schwarzarbeit. Kommt es aber über die Kosten des "Faktors Arbeit" tatsächlich zum Schwur, bleibt oft nur Achselzucken. (...)

Zuerst hat das Sozialministerium das Versprechen, den Beitragssatz zur Rentenversicherung nicht wie geplant im Jahr 2014 um 0,1 Prozentpunkte auf 19,8 Prozent zu senken, einkassiert. Nun wäre dies ohnehin nur eine Mini-Entlastung gewesen, hätte doch ein durchschnittlicher Beschäftigter lediglich 1 Euro pro Monat gespart.

Gefolgt wurde diese "versenkte Senkung" - so titelte die Süddeutsche Zeitung - dann von harschen Angriffen gegen Wirtschaftsminister Brüderle, Der hatte gewagt, die seinerzeit in akuter Krisen- und Wahlkampfpanik verabschiedete Rentengarantie ordnungspolitisch zu kritisieren. In diesem Jahr wirkt sie zum ersten Mal: Für Rentner gilt seit 1. Juli eine Nullrunde, obwohl an sich aufgrund sinkender Löhne eine Rentenkürzung um 2,1 Prozent im Westen und 0,54 Prozent im Osten anstand. Die Garantie belastet allein im laufenden Jahr Beitrags- und Steuerzahler mit knapp 1 Mrd. Euro. Das Mannheimer Forschungsinstitut MEA errechnete, dass der Beitragssatz über fünf Jahre um 0,2 Prozentpunkte höher liegen wird als ohne Garantie. Das entspricht mehr als 60 Euro im Jahr für den Durchschnittsverdiener. (...)

*Der vollständige Artikel erschien in der Allgemeinen Hotel- und Gastronomie-Zeitung am 14. August 2010.*